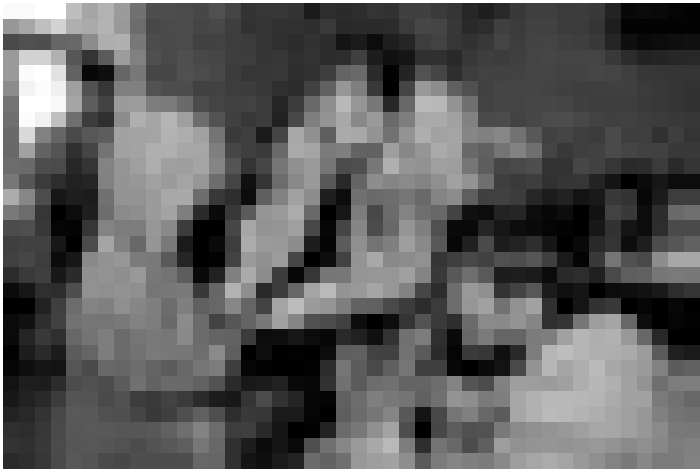


AFGHANISTAN-NGO IN SCHWIERIGKEITEN

State of Emergency

NGOs müssen in Afghanistan für ihre Arbeit Kontakte zu allen Seiten halten, auch zu den Taliban. Die italienische Organisation Emergency ist weiter gegangen und hat eine Art Paralleldiplomatie etabliert.



Die offizielle Alternative zu unabhängigen NGOs: Verabreichung von Medikamenten durch eine Militärärztin.
(Foto: U.S. Army Spc. Leslie Angulo, www.defendamerica.mil)

Gino Strada hat keinen einfachen Job. Er ist der Gründer der italienischen NGO Emergency, die in Afghanistan drei Krankenhäuser und 28 Erste-Hilfe-Stationen betreibt. Er ist aber nicht nur ein engagierter Chirurg. Er ist eine politische Persönlichkeit, ein radikaler Pazifist, der einmal in einem Interview sagte, er sei "ohne Wenn und Aber" gegen den Krieg, und damit die inoffizielle Parole der italienischen Friedensbewegung schuf.

Dass er in Italien zu einer Art Nationalheld geworden ist, liegt aber nicht nur an seinem Engagement für Kriegsoffer, sondern auch daran, dass er und seine Organisation neben medizinischer Kompetenz auch erstaunliche diplomatische Fähigkeiten besitzen, etwa wenn es darum geht, über die Freilassung von entführten Italienern in Kriegsgebieten zu verhandeln. Mit ihrem letzten diplomatischen Einsatz im vergangenen Monat erreichte Emergency die Freilassung des italienischen Journalisten Daniele Mastrogiacomo, der Anfang März zusammen mit seinem afghanischen Fahrer und einem Dolmetscher von den Taliban entführt worden war.

Verhandeln mit Taliban

Die NGO erwies sich bei den Verhandlungen als wichtigster Kooperationspartner der italienischen Regierung. Sich auf ihr Unabhängigkeitsprinzip berufend, lehnte sie jedoch jegliche Zusammenarbeit mit dem militärischen Geheimdienst ab und übernahm dessen Rolle: Sie nahm Kontakt mit den Entführern auf und verhandelte über die Freilassung der Geisel. Im Austausch für fünf inhaftierte Taliban kam Mastrogiacomo nach drei Wochen frei.

Die "Strada-Diplomatie", wie sie die italienische Friedensbewegung nennt, habe gegen die Logik des Kriegs gesiegt, hieß es, als die Bilder um die Welt gingen, die den Journalisten in Taliban-Kleidung zusammen mit einem jubelnden Gino Strada im Emergency-Krankenhaus von Kabul zeigten.

Doch nicht jede Geiselfreilassung hat automatisch ein Happy End, wie die Italiener bereits vor zwei Jahren im

Irak bei der Freilassung der Journalistin Giuliana Sgrena erfahren mussten. Auch der Fall Mastrogiacomo endete nicht nur mit einer Befreiung. Die afghanischen Begleiter des Journalisten wurden von den Entführern umgebracht.

Dem Fahrer schnitten die Taliban vor laufender Kamera die Kehle durch. Das Video lief im italienischen Fernsehen. Der Dolmetscher wurde nach Aussagen der Entführer geköpft. Davon erfuhr die Öffentlichkeit allerdings erst einige Tage nach der Freilassung des Journalisten. Vorher herrschte erst einmal Jubelstimmung in Kabul, zumin-

dest für ein paar Stunden. Bereits am nächsten Tag verhaftete der afghanische Geheimdienst den Leiter des Emergency-Krankenhauses in Lashkargah, Rahmatullah Hanefi. Ihm, der die Verhandlungen für die Freilassung der Geisel geführt hatte, wurde vorgeworfen, ein Vertrauensmann der Taliban zu sein, der ihnen Mastrogiacomo erst ausgeliefert habe. Emergency bezeichnete die Vorwürfe der afghanischen Regierung als "Lügen einer Mörderbande" und forderte die italienische Regierung vergeblich dazu auf, bei der afghanischen Regierung Druck zu machen, sich für ihren Mitarbeiter einzusetzen. Die NGO fühlte sich im Stich gelassen und ließ am Mittwoch voriger Woche aus Protest alle ihre ausländischen Mitarbeiter aus Afghanistan abziehen.

Die Nachricht war für die italienische Friedensbewegung ein Schock. Denn Strada, der George W. Bush als Kriegsverbrecher bezeichnet und ihn mit Usama bin Laden und Hitler vergleicht, verkörpert für sie ihr friedenspolitisches Ideal. Seine antiamerikanischen Äußerungen, die Linke und Pazifisten durch seine Arbeit an der Front legitimiert sehen, sind für seine Kritiker wiederum ein Hinweis darauf, dass seine Organisation in Wirklichkeit die Taliban in Afghanistan sowie so genannte Widerstandskämpfer im Irak unterstützt.

Dass Emergency über Kontakte zu den Taliban verfügt, ist angesichts der Sicher-

heitslage im Lande kaum verwunderlich. Insbesondere für afghanische NGO-Mitarbeiter, die sich außerhalb von Kabul bewegen müssen, bedeuten solche Kontakte nicht selten die Rettung ihres eigenen Lebens, wenn sie in eine der Straßensperren der Taliban geraten. Die rund 40.000 Soldaten aus 37 Ländern, die die Sicherheit für den Wiederaufbauprozess gewährleisten sollen, erleichtern die Arbeit von Entwicklungshelfern nur minimal und sind oft mehr damit beschäftigt, sich selbst zu schützen.

Failed aid

Die mangelnde Sicherheit ist das Haupthindernis für eine wirkungsvolle Entwicklungspolitik. Für das, was Afghanistan-Kenner als failed aid bezeichnen, ist vor allem das Fehlen eines umfassenden Konzepts des nation building verantwortlich. Die von Vereinten Nationen und Regierungs- sowie Nichtregierungsorganisationen betriebenen entwicklungspolitischen Projekte mögen zwar einzeln betrachtet funktionieren, sie können jedoch nicht als Teil einer Gesamtstrategie zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft betrachtet werden. Jeder arbeitet für sich, vor allem in der Hauptstadt, wo die politische und gesellschaftliche Lage kaum mit der im Rest des Landes vergleichbar ist.

Neben Organisationen, die humanitäre Hilfe im klassischen Sinne leisten, etwa

durch die Verteilung von Nahrungsmitteln, medizinische Versorgung oder den Aufbau einer Infrastruktur (Straßen, Energieversorgung etc.), sind zahlreiche Organisationen im Bereich des so genannten social engineering tätig. Darunter versteht man den Versuch, die gesellschaftlichen Strukturen zu modernisieren, beispielsweise durch die Verbesserung der Menschenrechtssituation, der Situation von Frauen sowie durch Bildungsarbeit.

Gerade in diesen Bereichen, insbesondere, was Frauenrechte betrifft, hat sich die Lage kaum verändert. Die Koordination zwischen den Organisationen, die diese Projekte betreiben, ist schwierig. Da sie kaum außerhalb der Hauptstadt präsent sind, ist ihre Verankerung in der Bevölkerung gering. Dazu kommt auch die Kritik der afghanischen Regierung, zu viel Geld fließe über NGOs, denen regelmäßig neben Korruption und Selbstbereicherung offen vorgeworfen wird, sich in Kabul abgeschottet und eine Art Parallelgesellschaft aufgebaut zu haben. Die italienische NGO hat mit ihrer eigenen Paralleldiplomatie eine lebhafteste Debatte über den Umgang mit Entführungen und mit den Taliban ausgelöst. Italiens Regierung geriet wegen ihres Alleingangs international in die Kritik, bestraft wurde Emergency.

Federica Matteoni

ZWISCHEN ZIVIL UND MILITÄR

Die hilflosen Helfer

In Afghanistan haben Nichtregierungsorganisationen, die diesen Namen auch verdienen, einen schweren Stand.

Als die italienische Hilfsorganisation Emergency am Mittwoch voriger Woche ihr Personal aus Afghanistan ausflog, geschah dies aus einem ungewöhnlichen Grund: Die Organisation, die seit Mitte der neunziger Jahre im Land tätig ist, protestierte dagegen, dass Rahmatullah Hanefi, einer ihrer afghanischen Mitarbeiter, wegen seiner Kontakte zu den Taliban vom Geheimdienst verhaftet wurde. Dabei hatten diese Kontakte dazu beigetragen, dass Mitte März der von Taliban-Kämpfern entführte italienische Journalist Daniele Mastrogiacomo freigelassen wurde.

Dieser Fall zeigt, wie viele Nichtregierungsorganisationen zwischen die Fronten geraten. Eine ist die zwischen den Aufständischen, deren Kern die Taliban bilden, und den Sicherheitsorganen. Mitarbeiter von Organisationen wie Emergency können in manchen Gegenden nur arbeiten, wenn sie zu allen Seiten Kontakte unterhalten. Dass sie dafür bestraft werden, verdeutlicht, dass sich die Regierung nicht klar über die Rolle der NGOs ist.

Eine weitere Front verläuft zwischen den über 3.000 registrierten NGOs und der Regierung, die ihnen vorwirft, Hilfsgeld für luxuriöse Autos und Büros zu verschwenden.

Abgesehen davon, dass die neuesten Modelle immer noch von Warlords und Ministern gefahren werden, ist die Regierung selbst an diesem zum Teil sorglosen Umgang schuld. Jahrelang gab es kein Gesetz, das die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen geregelt hätte. Dies wiederum lag nicht zuletzt daran, dass viele ranghohe Beamte oder ihre Verwandten selbst vermeintliche NGOs betreiben, bei denen es sich um nichts anderes handelt als um verkappte Baufirmen.

Die pauschale Verunglimpfung der Nichtregierungsorganisationen dient auch dem Ziel, sich deren Ressourcen einzuverleiben. Etwa die Hälfte des Hilfsgeldes für Afghanistan fließt über NGOs und UN-Organisationen. Zwar sollten diese keine Parallelregierung bilden, doch solange die Regierung nicht willens und fähig ist, Hilfsgelder für sinnvolle Zwecke zu nutzen - eine Reihe afghanischer Ministerien hat im vorigen Jahr offiziellen Angaben zufolge weniger als die Hälfte ihrer Budgets ausgegeben -, versuchen NGOs, die Nahrungsmittel- und Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, wie sie es schon zu Zeiten des Taliban-Regimes taten.

Die dritte Front ist die zwischen den NGOs und dem

ausländischen Militär. Immer wieder fahren die US-amerikanischen Special Forces mit Fahrzeugen mit grünen NGO-Nummernschildern zu Einsätzen, geben sich Aufklärer als Entwicklungshelfer aus, und benutzen deutsche Soldaten trotz der Proteste deutscher Hilfswerke weiße Fahrzeuge, die der UN und den Hilfsorganisationen vorbehalten waren. Daher können die Taliban sagen, sie könnten nicht mehr zwischen zivilen Helfern und Militär unterscheiden.

Zu dem zweckfremden Umgang mit dem Hilfsgeld trägt auch die internationale Tendenz zur Privatisierung der Entwicklungshilfe bei, die insbesondere in den USA, dem größten Geber in Afghanistan, recht fortgeschritten ist. Privatunternehmen wie Halliburton erhalten Fonds für Entwicklungsprojekte. Die Folge ist, dass Projekte allein nach wirtschaftlichen Kriterien beurteilt und gefördert werden, während soziale und entwicklungspolitische Erwägungen unberücksichtigt bleiben.

Die regierungsamtliche Verunglimpfung von Nichtregierungsorganisationen und die Verwischung der Grenzen zwischen militärischem und zivilem Engagement schränken die Möglichkeiten der nicht staatlichen Hilfe ein, die mangelhaften staatlichen Dienstleistungen auszugleichen. Im Grunde haben NGOs heute einen schwereren Stand in Afghanistan als je zuvor.

Thomas Ruttig, Kabul

Thomas Ruttig leitete von 2000 bis 2001 das UN-Büro in Kabul und arbeitete dort für die Deutsche Botschaft und für die EU. Heute ist er Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.